

DER 7. FAMILIENBERICHT

Erkenntnisse und Vorschläge

Unter dem Titel »Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik« hält die Kommission des 7. Familienberichts zuallererst fest, dass eine nachhaltige Familienpolitik eine Investition in die Zukunft der Gesellschaft darstellt. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Familie von allen Gesellschaftsmitgliedern – und nicht nur jenen, die derzeit in Familien leben – ist dafür Voraussetzung. Aus der vergleichenden Untersuchung von Familien und Familienpolitik anderer europäischer Länder ergeben sich für die Kommission aufschlussreiche Perspektiven und Modelle. Es werden Vorschläge für eine Familienpolitik entwickelt, die durch die Kombination der drei Elemente Neuzuschnitt von Geldleistungen, Zeitpolitik und Infrastrukturpolitik familienfreundliche Voraussetzungen schaffen kann.

I Privatsache Familie? Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Viele glauben, sich nicht mit Familie auseinander setzen zu müssen, da Familie nur jene Personen etwas angehe, die in der konkreten Familie leben. Diese Einstellung ist fatal, denn privates Tun in der Familie hat erhebliche gesellschaftliche Konsequenzen. Familien schaffen Güter und erbringen Leistungen für die gesamte Gesellschaft: Zum einen durch die Schaffung des gesellschaftlichen Humanvermögens, sprich die Geburt und Erziehung der Kinder, zum anderen durch Bereitstellung von »care« – ein umfassenderer Begriff als das deutsche Wort »Fürsorge«, das einen paternalistischen Anstrich hat. Hinter dem Begriff »care«



steht die Vorstellung, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, an andere Leistungen abgeben und selbst Leistungen von anderen annehmen. Diese Leistungen erbringen Familien nicht nur aus sich selbst heraus. Zwar betrachten wir Familien meist kontextlos, doch sind sie tatsächlich in andere (auch außerfamiliäre) soziale Netzwerke eingebettet, wie Verwandtschaft, Nachbarn etc. – ohne diese soziale Einbettung könnten Familien ihre Leistungen nicht



erbringen. Gern vergessen wird dabei, dass Familie keine unerschöpfliche Ressource ist. Kinder werden bekanntlich immer »knapper«; sie wachsen nicht von alleine nach. Auch Fürsorge ist keine Ressource, die einfach da ist, sondern sie benötigt bestimmte Rahmenbedingungen. Familienpolitik hat die Aufgabe, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien bei der Erbringung dieser essenziellen Aufgaben für die Gesellschaft unterstützen.

Die Kommission des 7. Familienberichts betrachtet die Familienmitglieder als Gestalter von »Familie« und nicht in der Zweiteilung »einzelne Mitglieder« oder »Familie als Institution«, welche unterschiedliche Familienpolitiken zur Folge hätte.

Der Entwicklungsprozess von Familie ist nicht irgendwann abgeschlossen, sondern zieht sich durchs ganze Leben der Familienmitglieder. Das heißt allerdings auch, dass Entwicklungen scheitern können. Familie ist nicht zwangsläufig eine Institution auf Dauer; in jeder Phase kann es zu Problemen kommen. Im Lebensverlauf kann man sich dies wie einen mäandernden Fluss vorstellen. Dieses Bild berücksichtigt die unterschiedlichen Lebensmuster des Einzelnen. Die Kommission des 7. Familienberichts betrachtet die Familienmitglieder als Gestalter von »Familie« und nicht in der Zweiteilung »einzelne Mitglieder« oder »Familie als Institution«, welche unterschiedliche Familienpolitiken zur Folge hätte. Familienmitglieder als Gestalter von »Familie« zu betrachten, ermöglicht es der Politik, sowohl die Interessen der Mitglieder als auch die Institution als solche zu berücksichtigen, ohne sie in einen Gegensatz zu bringen. Der Staat kann für den Einzelnen keine Leitbilder vorgeben, aber er kann die Rahmenbedingungen schaffen, die dem Einzelnen unterschiedliche Entwicklungsoptionen eröffnen. Die strukturellen Rahmenbedingungen, die bislang in Deutschland geschaffen wurden, zogen hingegen ein ganz bestimmtes Familienbild/-modell nach sich, nämlich das des männlichen Alleinverdienermodells bzw. der Hausfrauenehe.



II Familien und Familienpolitik im europäischen Vergleich –

Erkenntnisse

Heute befinden sich andere europäische Länder in einer besseren demografischen Situation als Deutschland. Die Geburtenzahlen sind dort höher und die Balance zwischen Familie und Beruf ist leichter in den Griff zu bekommen.

Das eigentliche Problem in Deutschland ist nicht die Kinderlosigkeit, sondern die geringe Quote an Mehrkinderfamilien, die die Kinderlosigkeit ausgleichen könnte.

Die entscheidende Ursache für die geringen Geburtenzahlen liegt in der spezifisch deutschen Lebensverlaufsplanung. So ist in Deutschland die Zeit, sich für Kinder zu entscheiden, besonders knapp. Der deutsche Lebensverlauf ist dreigeteilt: in Ausbildung, dann Beruf und am Ende die Rente. Ein Drittel des Lebens verbringen die Deutschen in der (sehr langen) Ausbildung. Dann erfolgt der Berufseinstieg.

In anderen europäischen Ländern ist es dagegen viel leichter möglich, einen ersten Ausbildungsabschluss in jungen Jahren zu machen, um dann – z.B. nach einer Familienphase – eine aufbauende Zusatzausbildung anzuschließen. So kann man in Frankreich z.B. vom Hilfslehrer zum Professor aufsteigen – und zwar noch im Alter jenseits der aktiven Elternschaft. Deutschland hingegen kennt eine »Rushhour des Lebens«. Deutsche Akademikerinnen nehmen sich nach Ausbildungsabschluss und Berufseinstieg etwa 5 Jahre Zeit, um sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. Das macht bei einer Lebenserwartung von fast 100 Jahren für Frauen des Jahrgangs 1970 einen Lebensanteil von 2% aus!

In Finnland gibt es dieses »Nadelöhr« nicht. Zwar haben die Finninnen wie die Deutschen ein hohes Erstgeburtsalter, aber sie bekommen dafür länger Kinder. Der Grund liegt darin, dass man in Finnland sehr viel früher bedacht hat, dass die ökonomische Basis einer Familie eher gewährleistet ist, wenn zwei Schultern (Einkommen) sie tragen. Fällt ein Einkommen wegen Elternurlaub weg, schafft das finnische Erziehungsgeld, das sich am letzten Einkommen orientiert, einen Ausgleich. So bleibt die Einkommenskonnuität besser gewahrt.

In Deutschland erleben Familien hingegen einen ökonomischen Achterbahneffekt: Zu Beginn der Elternzeit

(Mutterschaftsgeld von der Krankenkasse – Geburt als Krankheit!) ist das Familieneinkommen noch hoch, dann geht es mit dem Bezug des nicht an das vorherige Einkommen gekoppelten Erziehungsgeldes markant zurück. Während Elternzeit in Deutschland mehr oder weniger als Privatangelegenheit behandelt wird, betrachtet man sie in Finnland als Fortbildungszeit. In Deutschland müssen daher dringend neue Lebensverlaufsmodelle entwickelt werden, um die Zeitspannen für Ausbildung, Beruf und Familiengründung zu entzerren und zu verlängern.



Auch Frankreich setzt schon seit langem Anreize, um eine andere Lebensverlaufsplanung zu veranlassen. In Deutschland werden mit dem Kindergeld bis zum 27. Lebensjahr Familien belohnt, wenn Kinder in der ökonomischen Abhängigkeit der Eltern bleiben. Dagegen erhalten erwachsene Kinder in Frankreich erst dann Geld aus der Familienkasse, wenn sie in einer eigenen Wohnung eine Familie gründen. Diese Kopplung ist ein wichtiges familienpolitisches Instrument, das auch in der ehemaligen DDR zur Anwendung kam.

Auch die Geschlechterbeziehungen unterscheiden sich im europäischen Ausland von jenen hierzulande. So betreiben die Nordeuropäer seit langem eine konsequente Gleichstellungspolitik, während bei uns der männliche Lebensentwurf (Alleinverdiener/Hausfrauenehe) immer noch die Norm ist. Dies aber heißt, dass die Entscheidung für ein Kind in Deutschland einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil für Frauen bedeutet.

Das Mutterbild in Deutschland spielt ebenfalls eine Rolle. Während eine arbeitende Mutter in Deutschland als »Rabenmutter« betrachtet wird, ist es z.B. in Frankreich vollkommen selbstverständlich, dass eine Mutter berufstätig ist. Obwohl die zeitliche Identität von Mutter- und Frauenrolle, die über Jahrhunderte gegolten hat, heute faktisch nicht mehr gilt und von der jungen Frauengeneration auch nicht mehr akzeptiert

wird, bleibt vielen deutschen Müttern gar nichts anderes übrig, als sich in die traditionelle Rolle zu fügen. So kommt es zu einer Re-Traditionalisierung des Frauenbildes. In dieses Schema passt auch das Bild der »super-mom« – also der Powerfrau, die alles unter einen Hut bringt: Beruf, Kind und Haushalt. Allerdings baut auch das französische Modell, in dem Väter kaum eine Rolle spielen, auf das Super-mom-Modell. Polemisch formuliert kann man die französische pronatalistische Politik als Vertrag zwischen Staat und Müttern zur Entlastung der Väter qualifizieren.



In den Niederlanden wird versucht, Väter verstärkt in die Familienarbeit einzubinden. Dies geschieht durch eine bewusste Zeitpolitik. Hier arbeiten inzwischen 25% aller Männer Teilzeit, weil man die sozialen Sicherungssysteme vom Einkommen entkoppelt hat. Zeitpolitik spielt auch in Schweden eine wichtige Rolle: Anders als bei uns heißt Vollzeitbeschäftigung dort, dass eine Frau ca. 32 bis 33 Wochenstunden arbeitet. Bei uns gilt eine Frau jedoch als Teilzeitbeschäftigte, wenn sie 30 Stunden pro Woche arbeitet.

Diese Beispiele zeigen, dass eine Kombination der drei Elemente Neuzuschnitt von Geldleistungen, Zeitpolitik und Infrastrukturpolitik familienfreundliche Voraussetzungen schaffen. Deutschland hat bisher in allen drei Bereichen nicht angemessen auf die gesellschaftliche Entwicklung reagiert. Dabei ist dies kein Problem nicht vorhandenen Geldes. Geld ist ausreichend vorhanden, es muss nur anders verteilt werden.

III Zukunftsszenarien – Vorschläge

Ein großes Kapitel des 7. Familienberichts widmet sich dem Thema Zeitorganisation. Die daraus resultierenden Aspekte einer neuen Zeitpolitik werden u.a. im Kapitel Zukunftsszenarien einer nachhaltigen Familienpolitik aufgegriffen.

1. Aufbrechen des traditionellen Lebensverlaufs durch Optionszeiten

Der heute noch gängige klassische Lebensverlauf muss aus der Dreiteilung in die Phasen Kind/Teilhaber/Rentner herausgezogen werden. Durch Zerlegung in nicht unbedingt chronologisch aufeinander folgende Phasen kann die jetzt noch enorm verdichtete »Rush-hour des Lebens« durch die Gleichzeitigkeit von Familiengründung und Berufsstart entzerrt werden. Es kann auch Zeit für andere gesellschaftlich wichtige »care- und/oder Teilhabe-Aufgaben gewonnen werden. Hier schlägt die Kommission so genannte Optionszeiten nach dem Vorbild der Erziehungszeit vor. Optionszeiten können sein: Erziehungs-, Bildungs- oder Pflegezeit oder auch andere Formen sozialer Arbeit. Die Kommission legt sich nicht fest, ob sie ein verpflichtendes Modell bevorzugt oder eher eines, das mit ökonomischen Anreizen arbeitet. Wichtig ist, dass die Optionszeit nicht minderwertig gegenüber der Berufskarriere und Einkommenssteigerung erscheint, weil sonst Optionszeiten doch nur wieder von Frauen genutzt werden. Es kommt aber darauf an, ein geschlechtsneutrales Modell zu entwickeln. So kann die Familiengründung zu einem stressfreien Teil des Lebensverlaufs werden – natürlich immer vorausgesetzt, die entsprechende Kinderbetreuungsinfrastruktur ist vorhanden. Durch Optionszeiten könnten zudem die durch die längere Lebenserwartung gewonnenen Jahre genutzt werden, statt sie auf dem Altenteil zu verbringen. Die heute etwa 25 Jahre dauernde »Teilhabezeit« (= Berufszeit bis zur Rente) würde ausgedehnt. Finanziert werden soll das Modell über die Rente: Die heute an einem Stück zu erbringenden 45 Erwerbsjahre bis zum Bezug der Rente könnte man aufteilen in mehrere Phasen, um dann in dazwischen geschobenen Optionszeiten z.B. 67% des Nettoeinkommens sozusagen als »Vorschuss« auf die Rente zu beziehen. Auch wenn dies zu Einkommenseinbußen oder Jobunsicherheit führt: Die Vorstellung von stetig voranschreitenden Karrieren und sicheren Einkommenssteigerungen hat sowieso keine Zukunft mehr. Es wird auch im Erwerbsleben zu immer mehr Patchwork-Konstruktionen kommen, die ein Aufbrechen des klassischen Lebensverlaufsmodells hervorbringen werden. Die kontinuierliche Erwerbsbiografie war eine »Illusion der Kohl-Ära«, die überholt ist. Die Kommission ist überzeugt davon, dass spätestens in 10 Jahren

die hier vorgeschlagenen Modelle Realität zu werden beginnen. Das würde im Bereich der Ausbildung bedeuten, weitere Modularisierungen vorzunehmen, wie es z.B. in angelsächsischen Ländern der Fall ist. Dort kann eine Person einen B.A. machen, dann 5 Jahre arbeiten und Kinder bekommen, um dann später noch einen M.A. anzuschließen. In diesem Modell verlässt man sich durch eine solche Lebensplanung nichts, da man jederzeit wieder in den Karriereverlauf einsteigen kann. In Firmen beginnt diese Entwicklung bereits heute mit sog. Sabbaticals (persönliche



Arbeitszeitkonten zur Aufspaltung von Urlaub bzw. einem bestimmten Lohnprozentsatz über Jahre hinweg, um dann z.B. ein Jahr freigestellt zu werden). Auch die Umstellung einiger universitärer Ausbildungen auf Bachelor- und Master-Studiengänge sind hierzulande ein Anfang.

2. Kommunale Infrastrukturen für Familien

Auf der Ebene der kommunalen Politik müssen Familien nicht länger nur als Empfänger von Leistungen, sondern im Gegenteil als »Investoren« gesehen und auch so behandelt werden. Nur die Kommunen, die dies begreifen und eine entsprechende Infrastruktur schaffen, haben eine Zukunft. Es müssen nicht nur qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsangebote installiert, sondern auch neue Wohn- und Arbeitsformen entwickelt werden.

Auch im Rahmen von Zeitpolitik, d.h. durch die Abstimmung öffentlicher Institutionen und Infrastrukturen auf das Zeitbudget von Familien, lässt sich auf kommunaler Ebene viel für Familien bewegen. Ein Beispiel ist der Landkreis Emden, der alle Leistungen für »ansiedlungswillige« Familien aus einer Hand anbietet (Grundstücke, Kitas etc.), um einen Behörden-Hürdenlauf zu vermeiden. In anderen Städten beginnt man, Industrie-

brachen für Dienstleistungsunternehmen nutzbar zu machen.

Der Familienbericht begrüßt ausdrücklich die Bundesinitiative »Lokale Bündnisse für Familie« als neuartigen Ansatz, lokale Familienpolitik erfolgreich zu gestalten.

3. Einführung einer Familienkasse

Um die derzeit herrschende Zersplitterung in den Zuständigkeiten für einzelne familienpolitische Maßnahmen aufzuheben, sollten alle monetären Transferleistungen für Familien in einer »Familienkasse« zusammengefasst werden. Nicht nur damit Familien einen einzigen Ansprechpartner haben, sondern auch damit eine solche Institution einen dementsprechend größeren politischen Einfluss nehmen kann. Familie muss aus der Querschnittspolitik raus und endlich als »Solitär« behandelt werden, damit Leistungen, wie z.B. der Kinderzuschlag für Beamte, nicht einfach anderweitig verplant werden können, sondern eindeutig als familienpolitische Leistung der Familienkasse »gehören« (ebenso wie z.B. die Eigenheimzulage).

4. »Elterngeld als Zukunftsinvestition«

Ein einkommensabhängiges Elterngeld hat aus Sicht der Familienberichtscommission die gleiche Bedeutung wie die Fortbildung für den Beruf, denn es ist eine Freistellung von der Erwerbsarbeit zur Unterstützung der Entwicklung von Humanvermögen und Humankapital einer Wissensgesellschaft. Deshalb unterstützt die Familienberichtscommission ein Elterngeld nach skandinavischem Vorbild. »Im Sinne einer nachhaltigen Familienpolitik handelt es sich damit um eine Zukunftsinvestition einer Gesellschaft. (...) Die ausführliche Diskussion einer an das individuelle Erwerbseinkommen geknüpften Transferleistung während der frühesten Kinderphase hat vermutlich, wenn man die nordeuropäischen Länder hinsichtlich der Zahl der Mehrkinderfamilien mit der Bundesrepublik vergleicht, auch einen positiven demografischen Effekt. Diese Leistungen ermöglichen, sich für ein weiteres Kind zu entscheiden, da nicht befürchtet werden muss, dass mit einer Person mehr in der Familie jener Achterbahneffekt des Einkommens eintritt, der auch eine auf Dauer angelegte Reduktion des Einkommens nach sich zieht.«

Eine Langfassung dieses Aufsatzes ist als pdf-Dokument erhältlich unter www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte.did=48866.html



Prof. Dr. Hans Bertram

Jg. 1946. Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Psychologie, Diplom-Soziologe Mannheim 1973. Promotion Düsseldorf 1976. Habilitation Heidelberg 1980. Heisenberg-Stipendium. 1981–84 Professur (C4) für Pädagogische Soziologie Universität der Bundeswehr München. 1984–93 Vorstand und Direktor des Deutschen Jugendinstituts e.V. München. Seit 1992 Professur für Mikrosoziologie Humboldt-Universität. Vorsitzender des Vorstands der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern 1991–97. Vorsitzender der Sachverständigenkommission des 7. Familienberichts 2005. 1998–99 Fellow am Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences, Stanford USA, 4–7/2001 Fellow am Hanse-Wissenschaftskolleg. Arbeitsschwerpunkte: Familie, Sozialer Wandel, Regionalentwicklung.

Kontakt

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät III
Institut für Sozialwissenschaften
Universitätsstr. 3b
D-10117 Berlin
Tel.: +49 30 2093-4328
Fax: +49 30 2093-4340
E-Mail: hbertram@rz.hu-berlin.de